

**An das**

Ministry of Agriculture  
Department of Environmental Conservation  
H-1055 Budapest  
Kossuth tér 11  
Republik Ungarn  
[paks2@fm.gov.hu](mailto:paks2@fm.gov.hu)

**Kopie an**

Bayerisches Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz  
Rosenkavalierplatz 2,  
81925 München  
Telefon: +49 89 9214-00  
Fax: +49 89 9214-2266  
[poststelle@stmuv.bayern.de](mailto:poststelle@stmuv.bayern.de)



Landesverband Bayern  
des Bundes für Umwelt-  
und Naturschutz  
Deutschland e.V.

Landesfachgeschäfts-  
stelle Nürnberg  
Bauernfeindstr. 23  
90471 Nürnberg  
Tel. 09 11/81 87 8-0  
Fax 09 11/86 95 68

Nürnberg, 20. Mai 2015

**Stellungnahme zur Grenz-überschreitenden Umweltverträglichkeitsprüfungs-(UVP)-Verfahren betreffend der Errichtung von neuen Kernkraftwerksblöcken am Standort Paks (Paks NPP II), Ungarn, Standort Paks - Neubau von zwei Druckwasserreaktoren**

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit übersende ich Ihnen unsere Stellungnahme zur Grenz-überschreitenden Umweltverträglichkeitsprüfungs-(UVP)-Verfahren betreffend der Errichtung von neuen Kernkraftwerksblöcken am Standort Paks (Paks NPP II), Ungarn, Standort Paks - Neubau von zwei Druckwasserreaktoren.

Es ist offensichtlich, dass Atomkraft gefährlich, unwirtschaftlich und undemokratisch ist. Daher plädiere ich dafür, die Planungen für den Ausbau des AKW Paks einzustellen, Planungskosten zu sparen und den Ausbau erneuerbarer Energien zu beschleunigen.

Meine Einwände im Detail sind:

**Atomprojekt Paks II – Kerndaten und Probleme**

Die ungarische Regierung bereitet seit Jahren den Bau zwei weiterer Blöcke am einzigen bestehenden AKW-Standort Paks durch den staatlich ungarischen Atomkraftwerksbetreiber MVM vor. Im Jänner 2014 unterzeichneten der ungarische Regierungschef Viktor Orbán und der russische

Regierungschef Wladimir Putin einen Bau-Rahmenvertrag mit einer Reihe von Sub-Verträgen zu Brennstoff, Atommüll und Reparatur. Der Chef des staatlich russischen Atomkraftwerksbauers Atomstrojexport, Sergei Kiriwenko, gab damals bekannt, dass Russland der staatlich ungarischen Firma dazu 10 Milliarden Euro leihen und damit 80 % der Bau-Kosten durch einen Kredit abdecken würde.

### **Technische Probleme:**

- Ungeprüfter Reaktortyp „evolutionärer AES 2006 (VVER-1200)“ von Atomstrojexport:  
Beim für die beiden Blöcke in Paks II vorgesehenen Reaktortyp handelt es sich um einen weltweit noch nie eingesetzten Typ, über dessen technisches Verhalten und dessen Umweltauswirkungen, insbesondere über die Ableitung von radioaktiven Stoffen im Regelbetrieb über Luft und Wasser, aber auch über Störfall- und Unfall-Verhalten keine Erfahrungen vorliegen.

### **Rechtliche Probleme**

- Keine Ausschreibung für das 12,5 Milliarden Euro-Projekt  
Die ungarische Regierung argumentiert, dass der Bauvertrag mit Russland auf einem Vertrag Ungarns mit der Sowjetunion (!) von 1966 (!!)) beruht, der über sechs Reaktoren abgeschlossen wurde, von denen in den 1970er-Jahren nur vier Blöcke gebaut wurden.

Unregelmäßigkeiten bei der ursprünglich vorgesehenen Ausschreibung und der abrupte Abbruch des Verfahrens vor dem Deal zwischen PM Orbán und PM Putin deuten darauf hin, dass es sich hier um einen klaren Bruch des europäischen Wettbewerbsrechts handelt, das Ausschreibungen im Sinne der Marktwirtschaft vorsieht – Ungarn ist immerhin 2004 der EU beigetreten.

- Struktur des Deals

Auch die Struktur des zwischen PM Orbán und PM Putin vereinbarten Deals ist EU-Rechts-widrig: die Projekt-Gesellschaft MVM ist eine staatliche Firma und damit keine rechtlich separate Entität.

- Geheimvertrag

Am 3. März 2015 beschloss das von Orbáns Fidesz-Partei dominierte ungarische Parlament erweiterte Geheimhaltungsklauseln für den Atom-Deal auf 30 Jahre wegen angeblicher nationaler Sicherheitsinteressen: alle wirtschaftlichen, technologischen, Entscheidungs-vorbereitenden Dokumente sollen geheim sein. Zivilgesellschaftliche Organisationen werden vor Gericht das Recht auf Informationsfreiheit einklagen, da die Transparenz weit über die Bedürfnisse der nationalen Sicherheit und des wirtschaftlichen Copyrights hinaus eingeschränkt würden.

- Prüfung des Deals durch die Wettbewerbsbehörde der Europäischen Kommission wegen vermutetem Verstoß Wettbewerbsrecht

Die ungarische Umweltschutzorganisation Energiaklub hat Beschwerde bei der Europäischen Kommission wegen illegaler Staatsbeihilfe eingereicht. Nach Auskunft der Wettbewerbsbehörde an GLOBAL 2000 prüft diese ein beihilfenrechtliches Verfahren gegen Ungarn aufgrund des mittlerweile

unterzeichneten Bauvertrags.

Ein Teil des Deals wurde bereits aufgehoben und musste neu verhandelt werden: Die Europäische Kommission lehnte am 2. März 2015 den Liefervertrag für Nuklearbrennstoff ausschließlich mit Russland als EURATOM-widrig ab, da hier die Versorgungssicherheit gefährdet sei. Ungarn verhandelte daraufhin den Vertrag mit Russland neu und beschränkte den Nuklearbrennstoff-Liefervertrag auf 10 Jahre.

### **Wirtschaftliche Probleme**

- Atomkraft noch nie rentabel

Wie die Europäische Kommission in ihrer Entscheidung vom 8. Oktober 2014 zum britischen Atomprojekt Hinkley Point festhält ist Atomkraft bis mindestens 2046 nicht marktfähig und somit eine „failed technology“, die sich marktwirtschaftlich nicht behaupten kann. Eine weitere Förderung einer versagenden Technologie ist wirtschaftlich nicht tragbar.

- Riesiger Kredit, Rückzahlung bereits vorab

Wie der ungarische Wirtschaftsminister Mihaly Varga bekannt gab wird Russland 10 Milliarden Euro für das Projekt leihen, die 80 % der Kosten decken sollen. Ungarn zahlt diesen Kredit über 21 Jahre zurück, mit einer gestaffelt steigenden Zinsrate, die zukünftige SteuerzahlerInnen unfair belastet (erste 11 Jahre unter 4 %, dann 4,5 %, dann 4,9 % - in Zeiten von volatilen Zinsen offenkundig riskant). Die Rückzahlung beginnt noch dazu bereits 2026, selbst wenn die beiden Reaktoren noch nicht fertig sind – aus den Erfahrungen der Atom-Projekte in Olkiluoto (Finnland) und Flamanville (Frankreich) sind Bauverzögerungen über neun Jahre hinaus bekannt.

### **Betroffenheit Bayerns**

Aufgrund der Entfernung zum Standort Paks könnte ein Unfall im AKW Paks auch das Gebiet des Freistaates Bayern in Deutschland betreffen. Daher bin ich gegen dieses Projekt, spreche mich für eine Stromversorgung Ungarns ohne Atomenergie aus und fordere eine Anhörung in Bayern.

Dr. Herbert Barthel

Referat für Energie und Klimaschutz

